



Band 5. Das Wilhelminische Kaiserreich und der Erste Weltkrieg 1890-1918
Die 3. Oberste Heeresleitung und die deutschen Kriegsziele (11. Mai 1918)

Während der beiden letzten Kriegsjahre brachten die Debatten um Kriegsziele und politische Reformen einen Kompromissfrieden mit dem Ende eines halbautoritären Verfassungssystems in Verbindung. Zumindest in den Augen seiner Regierungsspitzen war Deutschland in den Krieg eingetreten und hatte ihn durchgeführt, um die alte Ordnung zu bewahren, die nun von Innen angegriffen wurde. Die Entscheidung, einen Kompromissfrieden anzustreben, lag also bei der deutschen Führung, den Vertretern jener Klassen, deren Macht und Privilegien bei einem Kompromiss geopfert – doch im Falle eines Sieges bestätigt würden. Die militärischen Siege im Süden und im Osten hatten der deutschen Stimmung zum Jahresende 1917 Auftrieb gegeben und erhöhten die Aussichten auf ein triumphales Kriegsende 1918. Die Siege im Osten schienen eine Gelegenheit zu bieten, im Westen vor der Ende 1918 erwarteten Ankunft der Amerikaner den Sieg zu erringen. Hier diskutieren die Mitglieder der Obersten Heeresleitung die prekäre Lage der Mittelmächte im Mai 1918, als die Ludendorff-Offensive ihren Zweck verfehlt hatte, das Blatt an der Westfront zu wenden.

[Spa, 11. Mai 1918]

Der Herr Reichskanzler leitet die Besprechung ein, indem er darlegt, daß die bevorstehende Begegnung der beiden Monarchen in Spa dazu ausgenutzt werden müsse, die Grundlagen für eine Erneuerung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn festzulegen. Er verliest den Entwurf für eine zwischen den beiden Monarchen zu schließende Vereinbarung und führt dazu aus, es erscheine ihm zweckmäßig, das politische Bündnis an die Spitze zu stellen.

General Ludendorff stimmt dem zu.

Staatssekretär von Kühlmann meint, man müsse sich gleich über die Frage der Dauer dieses Bündnisses einigen. Ihm erschienen 20 Jahre als der geeignete Zeitraum. Die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn erstreckten sich auch gewöhnlich auf 20 Jahre. Einen kürzeren Zeitraum könne er nicht empfehlen, da es darauf ankomme, dem Inlande wie dem Auslande gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß Österreich-Ungarn gewillt und gezwungen sei, an Deutschlands Seite zu bleiben. Ein kürzerer Zeitraum als 15 Jahre käme wohl nicht in Frage mit Rücksicht darauf, daß ein Wirtschaftsbund nicht für geringere Zeitspanne als 15 Jahre in Aussicht genommen werden könne.

General Ludendorff meint, 20 Jahre seien wohl noch zu kurz.

Staatssekretär von Kühlmann ist auch mit einer längeren Zeitdauer einverstanden und fügt hinzu, daß das Verhältnis zwischen beiden Reichen im übrigen auf Kündigung gestellt werden müsse.

Botschafter Graf Wedel bemerkt, daß Graf Czernin 30 Jahre für das Bündnis ins Auge gefaßt gehabt habe, während Kaiser Karl sich einmal für eine Dauer von 25 Jahren ausgesprochen habe.

Der Herr Reichskanzler stellt fest, daß über diese Frage im allgemeinen eine Einigung erzielt sei, und daß die endgültige Festsetzung der Dauer des Bündnisses wohl den Ministerbesprechungen vorbehalten bleiben könne.

Hierauf gelangt die Frage des „Waffenbundes“ zur Besprechung.

Generalfeldmarschall von Hindenburg führt aus, er sei nicht für einen zu innigen Waffenbund, weil er der österreichisch-ungarischen Politik nicht traue. Der Frage des Offiziersaustausches stehe er skeptisch gegenüber. Man könne es deutschen Offizieren nur schwer zumuten, mehrere Jahre ihres Lebens unter Umständen in Galizien unter wenig angenehmen sozialen Verhältnissen zubringen zu müssen.

General Ludendorff legt hierauf dar, Deutschland habe daran gekrankt, daß es kein militärisches Bündnis mit Österreich-Ungarn gehabt habe. Man habe sich deshalb deutscherseits davor gescheut, auf Vervollkommnung der österreichisch-ungarischen Armee zu drücken. Es sei bekannt gewesen, daß die Ausrüstung der verbündeten Armee ungenügend gewesen sei, insbesondere bezüglich des Artilleriematerials. Deutschland habe die großen Opfer gebracht, Österreich-Ungarn demgegenüber nur geringe. So habe das Bündnis Österreich-Ungarn Entlastung, Deutschland aber Belastung geschaffen. Angesichts dieser Tatsache sei ein Waffenbund nötig. Die wichtigsten Erfordernisse schienen ihm zu sein: Ausgestaltung der österreichisch-ungarischen Wehrmacht, Einführung einer gleichen Bewaffnung, gleiche taktisch-strategische Ausbildung und (wie der General später hinzufügte) Einheitlichkeit im Ausbau des Eisenbahnnetzes und in Bereitstellung und Erlaß der Betriebsmittel. Sehr bedenklich sei freilich der Umstand, daß man bei Österreich-Ungarn nicht unbedingt auf Geheimhaltung der wichtigsten militärischen Geheimnisse rechnen könne. Gewisse bekannte Fälle hätten bewiesen, daß es in der österreichisch-ungarischen Armee Verräter gäbe. Ein enges militärisches Zusammenarbeiten zweier Reiche sei aber nur dann möglich, wenn man gegenseitig über den beiderseitigen Aufmarsch der Kräfte unterrichtet sei. Dies sei in unserem Verhältnis mit Österreich-Ungarn bisher nicht der Fall gewesen, müsse aber angestrebt werden. Der Waffenbund werde sich also auch darauf zu erstrecken haben. Aber freilich müsse man dann doch auch die Sicherheit haben, daß der Gegenkontrahent national sicher sei. Nun erhebe sich die Frage, wie die österreichisch-ungarische Armee sich gestalten werde. Wird es zu einer Trennung zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Kontingent kommen? Werde man mit Österreich-Ungarn oder mit Österreich und Ungarn abschließen müssen?

Generalfeldmarschall von Hindenburg bemerkt, er glaube nicht, daß es bei der bevorstehenden Monarchenbegegnung schon zur Besprechung der Einzelheiten kommen werde. Man werde sich wohl darauf beschränken, die Grundlinien festzulegen.

General Ludendorff erklärt weiter, das Wort „Waffenbund“ besage noch nichts. Die einzelnen Abmachungen, auf denen dieser Bund beruhen solle, müßten erst festgelegt werden. Der General verliest darauf eine von General von Cramon abgefaßte Aufzeichnung, in der die für den Waffenbund zu stellenden Forderungen in sieben Punkte zusammengefaßt sind, und bemerkt, über diese Punkte müsse verhandelt werden, sonst sei der Begriff des Waffenbundes zu dehnbar.

General von Cramon meint, Kaiser Karl und General von Arz müßten sich äußern, wie die Armeentrennung gedacht ist. Er habe den Eindruck, daß die österreichisch-ungarische Heeresleitung nicht gesonnen sei, mit dieser Trennung sehr weit zu gehen.

General Ludendorff betont nochmals, Deutschland müsse wissen, mit wem es den Bund schließen solle. Deutschland sei jedenfalls dabei der gebende Teil.

General von Cramon glaubt, daß schon die Einführung der ungarischen Kommandosprache eine Erschwerung bedeuten würde.

Staatssekretär von Kühlmann teilt mit, daß Graf Czernin der Ansicht gewesen sei, die deutsche Kommandosprache werde fallen. Der Minister habe dem aber keine große Bedeutung beigemessen, da schon gegenwärtig die deutsche Kommandosprache, die auf ungefähr 60 Worte beschränkt gewesen sei, keine große Rolle gespielt habe. Graf Czernin habe auch die Trennung des österreichischen und ungarischen Kontingents für wahrscheinlich gehalten, aber betont, daß der gemeinsame Generalstab beibehalten werden würde.

General Ludendorff ist der Ansicht, daß der Waffenbund, wenn er mit zwei Kontrahenten zu schließen sein werde, wesentlich schwächer sein würde. Komme es zu einer Trennung der Offizierkorps, die bisher ein einheitliches nationales Element dargestellt hätten, dann werde der Riß zwischen den beiden Hälften der Monarchie jedenfalls viel schärfer werden als bisher.

Generalfeldmarschall von Hindenburg bemerkt, für die bevorstehende Monarchenzusammenkunft genüge es jedenfalls, wenn man die 7 Punkte des Generals von Cramon durchberate.

Der Herr Reichskanzler fügt abschließend hinzu, daß ihm die wichtigste Frage die zu sein scheine, ob der Waffenbund mit einem oder mit zwei Gegenkontrahenten abzuschließen sein werde. Im übrigen werde er sich natürlich auf diesem militärischen Gebiete dem sachverständigen Urteil der militärischen Leitung fügen.

Die Besprechung wendet sich nunmehr der Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses zu.

Der Herr Reichskanzler führt einleitend aus, mit diesem wirtschaftlichen Problem hänge die polnische Frage eng zusammen. Man könne sagen, letztere spitze sich zu einer rein wirtschaftlichen Frage zu. Es würde aber unzweckmäßig sein, die polnische Frage bei den bevorstehenden Besprechungen in den Vordergrund zu stellen. Die Einigung über das polnische Problem sei deshalb in den Vertragsentwurf in der Form einer Voraussetzung für das Zustandekommen einer Einigung in den übrigen Punkten aufgenommen worden. Er glaube, daß man sich darüber einig sei, daß der allgemeine Wunsch bei den maßgebenden deutschen Stellen bestehe, von der austro-polnischen Lösung abzukommen. Klarheit darüber, was Polen selbst denke, sei nicht zu gewinnen. Manchmal scheine es so, als ob Polen der austro-polnischen Lösung zuneige, manchmal ergäbe sich scheinbar das Gegenteil. Es werde auf eine zwischen den beiden Monarchen zu fällende Entscheidung ankommen.

Botschafter Graf Wedel ist der Ansicht, daß Baron Burian zweifellos die austro-polnische Lösung befürworte.

Generalfeldmarschall von Hindenburg meint, es würde sich sehr empfehlen, die polnische Frage bei der bevorstehenden Zusammenkunft zu lösen, damit man nicht immer wieder von vorne anfangen müsse und endlich einmal Klarheit habe.

General Ludendorff schließt sich dem an und fügt hinzu, vom rein militärischen Standpunkte liege größtes Interesse vor, daß die austro-polnische Lösung falle. Für ihn gewinne das ganze ins Auge gefaßte Bündnis wesentlich an Bedeutung und Stärke, wenn auf den austro-polnischen Gedanken verzichtet werde. Solle denn Deutschland auch einen Waffenbund mit einem Austro-Polen schließen?

Der Herr Reichskanzler bemerkt, es würde eine harte Zumutung für Kaiser Karl sein, wenn man von ihm verlangen wollte, daß er die bevorstehenden Unterhandlungen gleich mit einem Verzicht auf Polen beginne.

General Ludendorff legt hierauf dar, seinerzeit sei vereinbart worden, daß Deutschland sich Polen angliedern solle, während Österreich in Rumänien freie Hand haben sollte. Später sei das Gegenteil verabredet worden: gegen einen Verzicht auf Polen sollte Deutschland sich Rumänien politisch und wirtschaftlich angliedern können. Dies sei im rumänischen Frieden nicht erreicht worden. Infolgedessen sei die Grundlage für die austro-polnische Lösung fortgefallen. Wäre der rumänische Friede wirklich so abgeschlossen, wie es bei den letzterwähnten Abmachungen seinerzeit ins Auge gefaßt worden war, so würde er nicht gegen die austro-polnische Lösung auftreten können, da dies dann illoyal sein würde. Unter den gegebenen Umständen könne aber Deutschland nicht der Vorwurf der Illoyalität gemacht werden, wenn es sich nicht mehr an die austro-polnische Lösung für gebunden erachte. Es sei daher auch nicht hart für Kaiser Karl, einen Verzicht auf die austro-polnische Regelung auszusprechen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg betont, die Gelegenheit sei außerordentlich günstig. Sie müsse ausgenutzt werden.

General von Cramon meint, Kaiser Karl sei garnicht so sehr für die austro-polnische Lösung eingenommen.

Der Herr Reichskanzler erklärt, die Verhandlungen müßten sich erst auf die drei Punkte - d. h. auf die politische, die militärische und die wirtschaftliche Einigung - erstrecken, dann erst dürfe das polnische Problem angeschnitten werden. Die Verhandlungen müßten also in der Weise geführt werden, wie es sich aus der Fassung des von ihm verlesenen Entwurfes ergebe.

General Ludendorff spricht sich nochmals dahin aus, daß er durchaus für einen Waffenbund und für ein Bündnis mit Österreich-Ungarn sei, wenn die austro-polnische Lösung falle. General von Arz sei übrigens auch kein Freund des letzteren.

Staatssekretär von Kühlmann bemerkt, man müsse, wenn man auf die austro-polnische Lösung verzichten wolle, jedenfalls wissen, welche andere Lösung man an deren Stelle setzen wolle. Man habe von einer sogenannten Kandidatenlösung gesprochen. Doch sei noch wenig geklärt, was man darunter eigentlich zu verstehen habe.

Der Herr Reichskanzler führt zu der Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses noch aus, es sei eine möglichst enge Bindung mit Österreich-Ungarn geplant. Eine direkte Zollunion erscheine schwierig wegen da und dort in Deutschland vorhandenen zahlreichen Widerstände.

Staatssekretär von Kühlmann regt an, daß der österreichisch-ungarische Botschafter Prinz Hohenlohe über die Vorschläge informiert werde, die man bei Gelegenheit der Monarchenzusammenkunft Österreich-Ungarn zu machen gedenke. Dies sei nötig, damit er in der Lage sei, Baron Burian vorher in Kenntnis zu setzen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg befürwortet, daß auch die 7 von General Cramon aufgestellten Punkte bekanntgegeben werden. Es wird hierauf vereinbart, daß die 7 Punkte dem Entwurf als Unterlage beigefügt werden sollen.

Finnland.

Reichskanzler: Der nächste Punkt betrifft die Fragen unserer Kriegsziele im Osten. Die Herren kennen die Verhandlungen, die darüber im Ausschuß des Reichstags gepflogen worden sind. Exzellenz v. Payer hat sehr gut gesprochen; aber die Herren Abgeordneten kommen immer wieder mit Anfragen über die Einzelheiten.

Exzellenz Ludendorff: Wie ich schon durch Herrn Oberst von Winterfeldt mitteilen ließ, ist Finnland erledigt. Es handelt sich nur noch um das Fort Ino, das finnisch ist, nicht russisch. Im übrigen haben unsere Führer Befehl erhalten, dafür zu sorgen, daß die finnische Armee nach deutschem Muster ausgebildet wird. Der Wunsch nach Finnland zu rücken, kam ja ursprünglich daher, daß wir einen Bundesgenossen gegen Rußland gewinnen wollten. Die weiße Garde ist zu schwach. Deshalb haben wir den Wunsche Mannerheims Folge geleistet, ihm zu einer leistungsfähigen Truppe zu verhelfen.

Reichskanzler: Wieviel Truppen stehen dort?

Exzellenz Ludendorff: Es waren immer nur wenige; im ganzen 10 Batle, 6 Battrn. Diese Truppen bleiben dort, weil wir ein Interesse an der Stärkung der finnischen Armee haben.
Reichskanzler: Es wurde die Meinung geäußert, wir stellten unsere Truppen zum Etappendienst zur Verfügung für die Truppen des Generals Mannerheim, der gegen Rußland zu marschieren beabsichtige.

Exzellenz Ludendorff: Darüber ist mir nichts bekannt. Wir haben deutsche Truppen nach Finnland geschickt, um die finnische Armee zu stärken und um in Finnland einen Bundesgenossen zu gewinnen. Ich habe keinen Anhalt dafür, daß man daran denkt, gegen Petersburg zu marschieren. Ich glaube auch nicht, daß die finnisch-russische Grenze an irgendeiner Stelle überschritten wurde. Ich glaube auch Mannerheim wird das nicht tun. Es ist möglich, daß er nach Ostkarelien strebt. Nach einer Mitteilung, die ich von A. A. habe, ist dieses mit einer Ausdehnung der Finnen in Richtung Murmanküste einverstanden. (L. erklärt an Hand der Karte.) Die Engländer führen dort das Regiment. Die Finnen wollen, daß die Ostkarelier sich ihnen anschließen. Zur Zeit ist noch nicht zu übersehen, was die Finnen vorhaben, d. h. wie weit sie gehen wollen. Wir haben nur das Interesse daran, daß die Engländer sich an der Murmanküste nicht festsetzen.

Reichskanzler: Besteht deutscherseits die Absicht einer Mitwirkung?

Exzellenz Ludendorff: Nein!

In der Ukraine haben wir nach dem Grundsatz des *Brotfriedens* gehandelt. (L. erklärt an Hand der Karte.) Ursprünglich wollten wir nur bis Charkow gehen. Der Grund, warum wir unseren Vormarsch durch die Ukraine fortsetzen mußten, liegt in der Kohlenfrage. Es konnte für die

Bahnen nicht genug Brennstoff aufgetrieben werden. Wir importieren deshalb 80 000 t Kohlen monatlich in die Ukraine. Das ist eine schwere Belastung der Bahnen; es mußten daher die Kohlenbecken von Donez in Besitz genommen werden, das auch noch zur Ukraine gehört. Über den Ostrand der Ukraine gingen wir hinaus, um das Kohlengebiet sicher zu stellen gegen Angriffe der Bolschewiki. Jetzt haben wir halt gemacht und die Operationen eingestellt. Wir sind in Verbindung getreten mit einigen Führern der Russen, die Demarkationslinie wird gezogen. Wir haben erreicht, was wir erreichen mußten.

Ebenso steht es mit der Krim. Dorthin sind wir gegangen wegen der Sicherheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer. Diese ist erreicht, abgesehen davon, daß zwei russische Großkampfschiffe entflohen sind. Über die Art und Weise, wie wegen dieser Schiffe weiter zu verfahren ist, hat Exzellenz v. d. Bussche bereits mit Joffe gesprochen. Kommen die Schiffe freiwillig nach Sebastopol, dann sind wir auch in der Krim fertig. Andernfalls müßten wir noch eventuell bis Noworossisk, wo die beiden Schiffe Zuflucht nahmen. Sonst glaube ich, haben wir alles erreicht, was der O.H.L. vorschwebte. Militärisch sind wir fertig.

Schwierigkeiten machen die polnischen Korps. Von den drei, die in der Ukraine stehen, waren es zuerst das 2. und 3., die unzuverlässig waren. Deshalb wurde der Befehl gegeben, daß diese Korps zu entwaffnen seien. Jetzt soll aber auch auf Wunsch von Exzellenz von Beseler, von dem ich telegraphisch gebeten wurde, das 1. Korps entwaffnet werden, weil sein Führer die Abmachungen nicht hielt. Die Donkosaken und die Donczkosaken haben den Wunsch geäußert, sich der Ukraine anzuschließen, was ich wärmstens befürworte, da die Ukraine das einzig lebensfähige Staatengebilde des Ostens ist.

Transkaukasien: Die Engländer betrachten sich als die Herren in Persien. (L. empfiehlt Vortrag des Hptms. Niedermaier beim RK und erklärt an Hand der Karte.) Persien ist sozusagen heute schon englische Provinz; vielleicht bietet sich Gelegenheit, auch hier die Engländer einmal zu schlagen. Ein Telegramm von Zeki Pascha bittet den Türken keine Schwierigkeiten zu machen, wenn sie sich der Bahn nach Tschulfa bemächtigen. Deutsche Truppen kommen hier nicht zur Verwendung. Die einzigen deutschen Truppen stehen am Jordan.

Sollten wir später noch einmal zu einem Feldzug in Persien kommen, so würden wir es tun, um England zu schlagen, nicht um Eroberungen zu machen. Gegenwärtig stehen hierfür keine Truppen zur Verfügung. Um so wichtiger ist es, daß die Türken es machen, um so wichtiger, ihnen bei der Besetzung der Bahnlinie keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Entwurf v. Lossows denkt an die Abtretung eines Teils von Transkaukasien an Persien; das wäre in Wahrheit nur eine Abtretung an England. Ich möchte daher vor einer deutsch-persischen Politik warnen. Dem vielvertretenen Gedanken, daß wir etwas in Persien erreichen könnten, halte ich für unrichtig. Nach meiner Ansicht wäre es das Richtigste, die Türken in Richtung Teheran vorzuschicken. Dagegen dürfen sich die Türken nicht zu weit nach dem Kaukasus ausdehnen. Deshalb bin ich auch dagegen, daß die Türken die Bahn Baku-Batum in die Hand bekommen, schon wegen der Georgier, die unsere Freunde und ein christliches Volk sind.

Mit der transkaukasischen Republik sollten wir irgendwie in Verbindung treten. Wie soll diese Verbindung hergestellt werden?

Exzellenz v. Kühlmann: Unsere Vertreter dort sind Graf Schulenburg und Herr v. Wesendonk, die volles Verständnis und die nötigen Kenntnisse besitzen. Zur Frage der Abtretung eines Teils von Transkaukasien an Persien: welche Gründe haben wir für diese Abtretung?

Exzellenz Ludendorff: In Berlin wird, wie ich hörte, eine deutsch-persische Politik getrieben. (Exz. v. Hentig.) Ich bin ein Gegner dieser Politik und daher dafür, den Türken einen Weg nach Persien offen zu lassen.

Exzellenz v. Kühlmann: Ich meinerseits lege keinen Wert darauf, daß die in Rede stehenden Gebiete an Persien abgetreten werden.

Reichskanzler: Mich leitet immer wieder der Gedanke, daß wir nicht unabsehbar weiter Krieg führen können.

Exzellenz Ludendorff: Das tun und wollen wir nicht. Was wir unten in Persien machen, das ist gegen England gerichtet.

Reichskanzler: Hat England da unten noch Truppen?

Feldmarschall: ca. 20 000 Mann.

Exzellenz von Kühlmann: Vom politischen Standpunkt aus habe ich nichts dagegen, daß wir den Türken freie Hand lassen, wenn gesagt werden kann, daß es sich um eine rein türkische Unternehmung gegen Persien handelt.

Exzellenz Ludendorff: Sie könnte aber einmal eine deutsch-englische Affaire werden. Zunächst haben wir dafür keine Truppen. An sich würde ich es aber nicht für ein Unglück ansehen, einige Ba[taill]one dorthin zu senden.

Feldmarschall: Es handelt sich ja immer nur um geringe Kräfte, vorab technische Truppen etc.

Reichskanzler: Die Gefahr neuer kriegerischer Verwickelungen besteht dann immer wieder. Der Krieg wird dadurch verlängert.

Feldmarschall: Im Gegenteil, das Kriegsende wird beschleunigt.

Exzellenz Ludendorff: Wir bekämpfen doch nicht einen neuen, sondern einen alten Feind, (vgl. Finnland) Persien ist ein ganz machtloses Land - ganz in fremden Händen.

Reichskanzler: Ich denke weniger an neue Gefahren, als an neue finanzielle Lasten.

Exzellenz Ludendorff: Das gebe ich zu.

Feldmarschall: Aber der Krieg wird am Ende schneller zu Ende gehen, daher werden dann die finanziellen Lasten nicht größer sein.

Exzellenz Ludendorff: Ob die Truppen da oder dort kämpfen, macht nichts aus. Ich erhoffe mir von Transkaukasien auch finanzielle Entlastung. (Bodenschätze).

Reichskanzler: Bis jetzt hat uns auch der Friede im Osten keine finanzielle Entlastungen gebracht. Ich muß die Überzeugung haben, daß richtig gehandelt wird. Dann vertrete ich es auch vor dem Parlament.

Exzellenz Ludendorff: Gegenwärtig denken wir nicht an ein militärisches Eingreifen im Orient, aber vielleicht später.

Exzellenz v. Kühlmann: Bestehen Bedenken gegen vertrauliche Mitteilung an die Parteiführer, daß es sich bei den militärischen Unternehmungen, die heute besprochen wurden, immer nur um ganz geringe deutsche Truppenmengen handelt?

Exzellenz Ludendorff: Nein.

Feldmarschall kommt noch einmal auf die polnische Frage zu sprechen und zieht zu diesem Zweck die Karte heran und weist auf den sehr schmalen Landstrich hin, der nördlich Polen im Kriegsfall für die rückwärtigen deutschen Verbindungen zur Verfügung steht. Daher müsse auch im Falle der jetzt angestrebten Lösung der polnischen Frage der Grenzstreifen soweit hinaus geschoben werden, daß wir für den Aufmarsch noch eine weitere Bahn in Händen hätten.

Exzellenz Ludendorff: Eine andere Frage. Wie steht es mit der Getreideangelegenheit in Österreich? Es hat sich zwar entschuldigt, aber keine Garantie gegen Wiederholung geboten. Ich muß die Verabschiedung des Generals Landwehr fordern.

Reichskanzler: Dafür ist schon gesorgt, es muß auch der Öffentlichkeit wegen sein.

Exzellenz v. Kühlmann: Prinz Hohenlohe ist gebeten, über die Angelegenheit Landwehr morgen im Zuge mit Kaiser Karl zu sprechen.

Exzellenz Ludendorff: Ich verstehe nicht, wie wir den Österreichern mit Getreide aushelfen sollen, worüber ja jetzt in Berlin beraten werden soll. Die Brotportion an der Front kann nicht verringert werden. In der Heimat dagegen soll ohnehin im Juni die Brotportion herabgesetzt werden. Wie können wir unter solchen Umständen Österreich helfen? Die Verhältnisse in Österreich scheinen mir sehr verschieden nach Gegenden zu sein. Jedenfalls nicht überall schlecht. Am 17. soll Österreich wieder am Ende seiner Lebensmittel sein; Ungarn hat zwar noch Bestände, aber an diese wagt sich Österreich nicht und nimmt lieber deutsche Bestände.

Exzellenz v. Kühlmann spricht über die Idee der deutschen Kontrolle, wie sie Burian vorgeschlagen hat.

Exzellenz Ludendorff: Wie soll man sich das praktisch vorstellen? Eine große Erschwerung der Lage entstand durch die doppelte Verwaltung in der Ukraine, wo Österreich antideutsche Politik treibt. Ich erinnere an die Angelegenheit mit den Lokomotiven und an die Holzverkäufe Österreichs an die Schweiz.

Reichskanzler: Bei den bevorstehenden Verhandlungen in Österreich müssen alle diese Dinge zur Sprache gebracht werden.

Feldmarschall: Ich möchte vorschlagen, am Montag zur Besprechung weiterer Punkte zusammen zu kommen.

Reichskanzler: Einverstanden. Ich schließe die Sitzung.

Quelle: Unsigniertes und undatiertes Protokoll einer Sitzung Reichskanzler - OHL in Spa am 11. Mai 1918, in André Scherer u.a., Hg., *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la*

Première Guerre Mondiale. Documents extraits des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères, publiés et annotés par André Scherer et Jacques Grunewald [Deutschland und Probleme des Landes während des Zweiten Weltkrieges. Dokumente aus den Archiven des Deutschen Amtes für Auswärtige Angelegenheiten. Herausgegeben und kommentiert von André Scherer und Jacques Grunewald], 4. Bände, Paris, 1962-78. Band 4, Nr. 112.

Abgedruckt in Wolfdieter Bihl, *Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1991, S. 412-21.